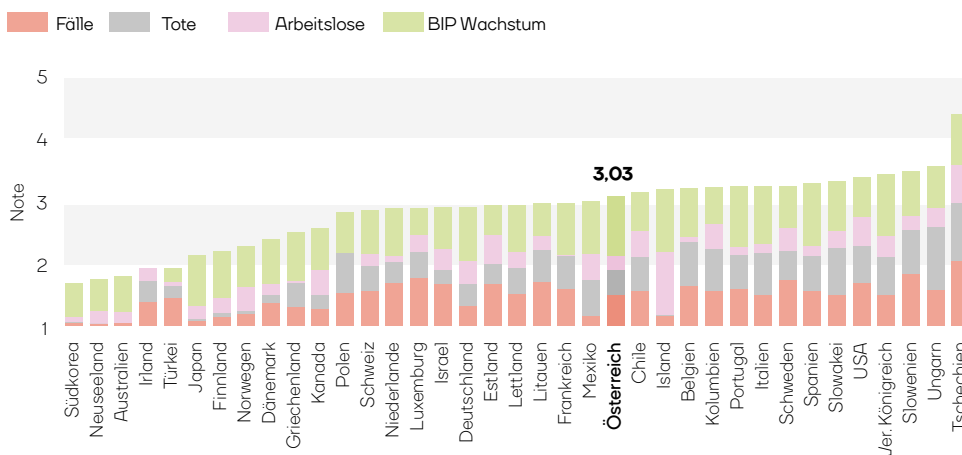


500 Tage Corona: Wie gut kam Österreich durch die Krise?

Vor 500 Tagen, am 25.02.2020, gab es die erste nachgewiesene Corona-Infektion in Österreich. Eine beispiellose gesundheitliche und wirtschaftliche Krise setzte sich in Gang. Nach weitreichenden Öffnungsschritten im Großteil Europas zieht das Momentum Institut Bilanz und analysiert, wie gut Österreich im internationalen Vergleich durch die Krise kam. Dabei zeigt sich, dass Österreich im OECD-Vergleich bei den gesundheitlichen Folgen besser abschneidet als die Hälfte der Länder. Die wirtschaftlichen Auswirkungen wiegen etwas schwerer: hier liegt Österreich im schlechtesten Viertel. Neben einem raschen Fortschreiten der Impfkampagne braucht es in den kommenden Monaten vor allem expansive Fiskalpolitik, um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht bereits früh wieder abzuwürgen.

/Abbildung 1:

Covid Misery Index: Österreich kam schlechter durch die Krise als Großteil der OECD-Länder



Quellen: OECD, Eurostat, Our World in Data, Eigene Berechnungen

/ Autoren: Alexander Huber und Oliver Picek

/ Juli 2021



/ Handlungsempfehlungen:

/ Die Krisenkosten müssen gerecht verteilt werden. Dazu braucht es eine Erhöhung der Körperschaftsteuer oder eine Corona-Gewinnsteuer

/ Das günstige Zinsumfeld ermöglicht eine expansive Fiskalpolitik. Nur so können bleibende wirtschaftliche Schäden vermieden werden.

/ Die Probleme am Arbeitsmarkt erfordern eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent und eine Hereinnahme von Ein-Personen-Unternehmen in die Arbeitslosenversicherung

/ Corona hat Schwachstellen offenbart. Ein Ausbau des öffentlichen Sektors in den Bereichen Klima, Pflege, Justiz und Bildung ist eine Investition in die Zukunft, schafft Arbeitsplätze und trägt dazu bei, die Krisenverlierer:innen zu entschädigen.

/ Einleitung und Erklärung der Messgrößen:

Vor 500 Tagen, am 25.02.2020, wurde in Österreich erstmals eine Person positiv auf SARS-CoV-2 getestet. Seitdem sind hierzulande über 10.000 Menschen in Verbindung mit dem Virus gestorben, Überlebende haben vielfach noch mit den Langzeitfolgen der Krankheit zu kämpfen. Die Gesundheitskrise hat auch eine beispiellose weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst. In Österreich schrumpfte die reale Wirtschaftsleistung 2020 um 6,3 Prozent. In den Wintermonaten 2020/21 waren trotz Kurzarbeit phasenweise eine halbe Million Menschen ohne Arbeit. Die Entspannung der gesundheitlichen Situation hat mittlerweile in vielen Ländern weitreichende Öffnungsschritte ermöglicht. Mit der zumindest vorläufigen Rückkehr zur Normalität kann nun auch erstmals eine Art Krisenbilanz gezogen werden. Dazu hat das Momentum Institut den „Covid-Misery-Index“ berechnet. Damit kann ein internationaler Vergleich gezogen werden, wie stark verschiedene Länder von den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Krise getroffen wurden. Der Index ist also eine Maßzahl für das durch das Coronavirus verursachte Elend (siehe Box).

Im Rahmen dieses Policy Briefs wird zunächst auf die einzelnen Komponenten des Covid Misery Index eingegangen und die internationalen Vergleichszahlen dargestellt. In weiterer Folge gehen wir auf die wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden Jahre ein und diskutieren die Ausgestaltung und Wirkung der Corona-Hilfen in Österreich. Abschließend werden vier Empfehlungen für den Weg aus der Krise präsentiert.

/ Der Covid Misery Index – Erklärung

Der Covid Misery Index orientiert sich an einem Konzept des amerikanischen Ökonomen Arthur Okun. Dieser berechnete in den 1960er Jahren erstmals den sogenannten „Misery Index“. Dazu wurden schlicht die Arbeitslosenquote und Inflationsrate addiert, um einen möglichst simplen Überblick über den Zustand der Wirtschaft zu erhalten. Auch wenn diese ursprüngliche Form mittlerweile überholt ist, bietet sich das Konzept dennoch an, um einen internationalen Vergleich der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie anzustellen.

Die erste Variable aus dem Bereich Gesundheit ist die kumulierte Anzahl an mit dem Coronavirus infizierten Personen je 100.000 Einwohner. Auch wenn sich die Testkapazitäten von Land zu Land teils stark unterscheiden, gilt: mehr Infizierte bedeutet mehr schwere Verläufe, höhere Auslastung der Intensivstationen, mehr Todesfälle und mehr Menschen mit mittlerer bis langer Regenerationszeit nach einer Infektion.

Als zweite Variable geht die Anzahl der an oder mit dem Coronavirus verstorbenen Personen je 100.000 Einwohner seit Pandemiebeginn in die Berechnung ein. Daten zu den beiden Variablen im Bereich Gesundheit stammen von Our World In Data. Stichtag ist dabei der 27.06.2021.

Im Bereich Wirtschaft geht zunächst die Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes zwischen dem ersten Quartal 2019 und dem ersten Quartal 2021 in die Berechnung ein. Dies soll einen Vergleich der

wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Vorkrisenniveau ermöglichen. Daten dazu stammen von der OECD und Eurostat.

Die vierte Variable ist die Veränderung der Arbeitslosenquote zum letztverfügbaren Vergleichsmonat im Jahr 2019. Daten stammen von der OECD und Eurostat.

Für alle vier Teilbereiche werden die jeweiligen Werte normalisiert. So erhält das Land, in welchem etwa die Anzahl der Todesfälle am geringsten war einen Wert von null, jenes mit der höchsten Anzahl erhält den Wert eins. Anschließend werden die Werte aus den vier Teilbereichen aufsummiert und ergeben den Covid Misery Index. Dieser kann einen Wert zwischen null (geringes Elend) und vier (großes Elend) annehmen. Im Rahmen dieser Analyse erfolgt die Darstellung im Schulnotensystem zwischen den Noten eins und fünf.

Der Covid Misery Index wird für ein Sample aus 37 der 38 OECD-Länder¹ berechnet.

/ OECD Sample

Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Kolumbien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südkorea, Tschechien, Türkei, Ungarn, USA, Vereinigtes Königreich

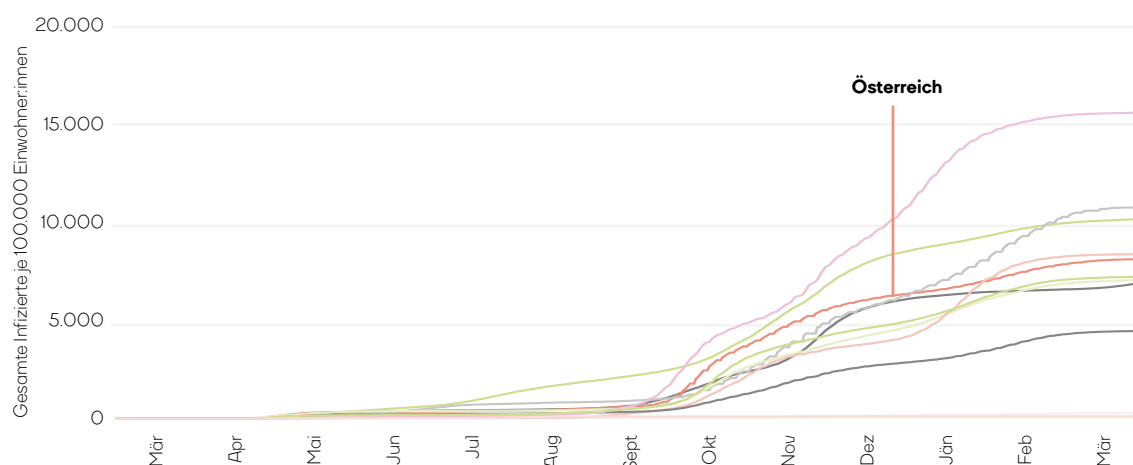
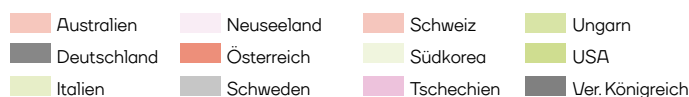
/ Inzidenzen und Todesfälle:

Zwei Messgrößen standen seit Pandemiebeginn durchwegs im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses: Die Zahl der Neuinfektionen sowie jene der Todesfälle durch oder mit Covid-19. Der Ländervergleich macht dabei sichtbar, dass die Staaten hier zum Teil auf sehr unterschiedliche Strategien setzten. Während in Europa größtenteils versucht wurde, eine Balance zwischen Neuinfektionen und wirtschaftlichem Leben zu wahren, wurde etwa in Australien oder Neuseeland seit Sommer 2020 ein Zero-Covid Ansatz verfolgt. Dabei gilt es als Ziel, die Inzidenzzahl bei den Neuinfektionen so gering zu halten, dass durch Contact-Tracing Infektionsketten schon früh unterbunden werden können. Restriktive Maßnahmen und Kontaktbeschränkungen, auch bei vergleichsweise sehr niedrigen Inzidenzen, ermöglichten in den ozeanischen Ländern bereits im vergangenen Winter weitreichende Öffnungsschritte. Dass dies nicht lediglich auf den Vorteil dieser Länder, von keinen Nachbarstaaten umgeben zu sein², zurückzuführen ist, erklären Philippe und Marques (2021)³.

Österreich liegt mit einem Vergleichswert von knapp über 7.200 Infizierten je 100.000 Einwohner:innen im OECD-Mittelfeld. Hier stechen vor allem Neuseeland (57), Australien (120) und Südkorea (303) hervor, welche bislang die Zahl der Covid-Infizierten gering halten konnten. Innerhalb von Europa steht Finnland in diesem Bereich am besten da. Das skandinavische Land verzeichnete bislang 1.716 Infektionen je 100.000 Einwohner:innen. Besonders hart traf es innerhalb der OECD bislang vor allem Tschechien und Slowenien, wo sich bereits 15,5 bzw. 12,4 Prozent der Bevölkerung mit dem Coronavirus infizierten (siehe Abbildung 2). Die Zahl der gesamten Infektionen eignet sich vor allem deshalb als Maßzahl für das durch die Coronakrise entstandene Elend, da damit auch immer schwere Krankheitsverläufe, eine hohe Auslastung der Intensivbetten, sowie lange Rehabilitationszeiten für Genesene einhergehen.

/ Abbildung 2:

Bislang infizierten sich über 7 % der österreichischen Bevölkerung mit dem Coronavirus

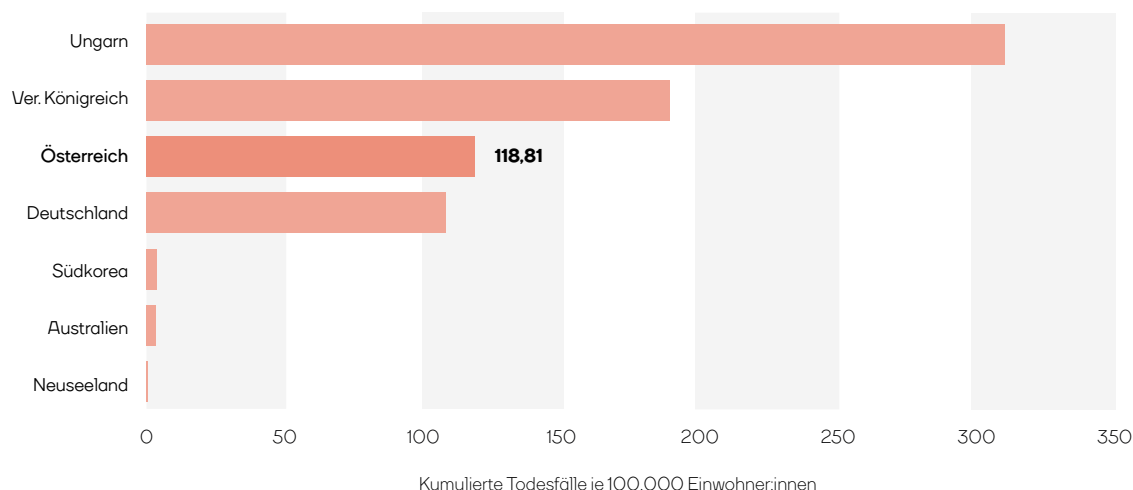


Quelle: Our World in Data
Stichtag 27.06.2021

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in Abbildung 3 bei Betrachtung der kumulierten Anzahl der an oder mit dem Coronavirus Verstorbenen je 100.000 Einwohner:innen. Auch hier sind Südkorea (3,9), Australien (3,6) und vor allem Neuseeland (0,5), wo nicht einmal eine Person je 100.000 Einwohner:innen den Folgen des Virus erlag, die Länder mit den mit Abstand besten Zahlen. Die niedrigste Todesrate in Europa hat Island mit 8,5 zu verzeichnen. Am schlimmsten traf es im Ländervergleich Ungarn und Tschechien, wo bis dato 310 bzw. 283 Personen je 100.000 Einwohner:innen verstarben. Österreich liegt in diesem Bereich mit einem Wert von 119 an 16. Stelle.

/Abbildung 3:

Österreich hat über 10.000 Covid-Tote zu beklagen



Quelle: Our World in Data
Stichtag 27.06.2021

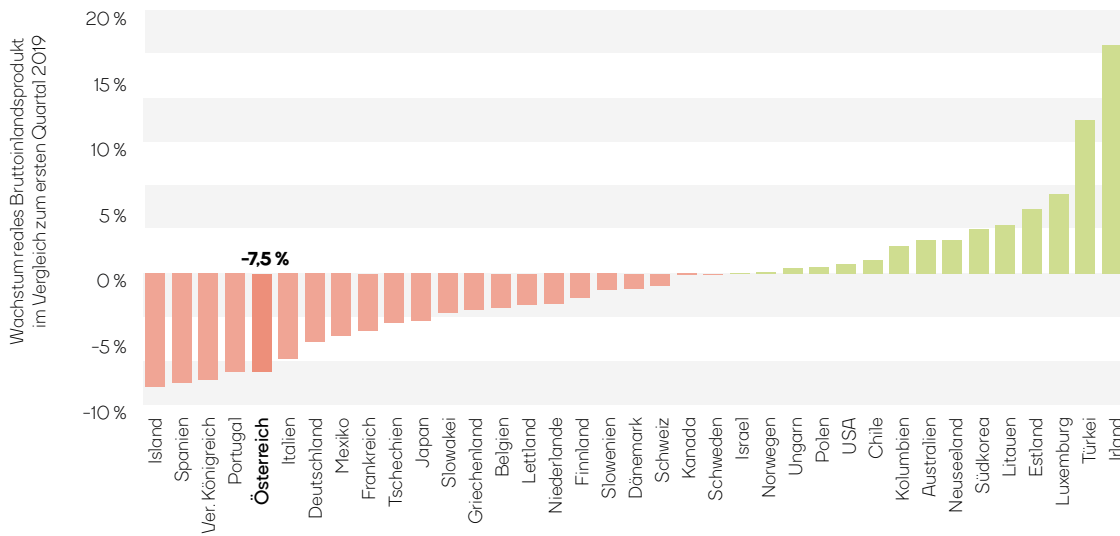
/Arbeitslosigkeit und Wachstumseinbruch:

Die Coronapandemie brachte neben verheerenden gesundheitlichen Schäden auch eine Wirtschaftskrise enormen Ausmaßes mit sich. Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, sowie der Einbruch der Reisetätigkeit erfassten weite Teile des Dienstleistungssektors und letztlich die gesamte wirtschaftliche Aktivität. Nach mittlerweile 16 Monaten Krise haben sich einzelne Länder schon wieder gut erholt und befinden sich im Aufschwung. Irland, die Türkei und Luxemburg erzielten im ersten Quartal 2021 ein besonders hohes Wirtschaftswachstum. Allerdings sind diese Zahlen zumindest bei Irland und Luxemburg mit Vorsicht zu genießen, da dort das Bruttoinlandsprodukt durch die Ansiedelung internationaler Konzerne und damit verbundener Abrechnungsmethoden als stark überschätzt gilt (IMF 2017). Ebenfalls positive Wachstumswerte verbuchen konnten die drei Niedrig-Inzidenz-Länder Südkorea, Neuseeland und Australien. Auch die USA haben das Vorkrisenniveau bereits wieder überschritten.

Wie Abbildung 4 zeigt, haben aber vor allem Europas große Volkswirtschaften immer noch mit großen Problemen zu kämpfen. In Österreich schrumpfte die Wirtschaft im Vergleich zum ersten Quartal 2019 um 7,5 Prozent. Nur vier Länder verbuchten noch schlechtere Zahlen. Bereits im vierten Quartal 2020 sank das österreichische Bruttoinlandsprodukt um 5,9 Prozent. Dies kann einerseits auf den hohen Anteil des Tourismussektors an der österreichischen Wirtschaftsleistung zurückgeführt werden, andererseits aber auch auf Schwächen im Pandemiemanagement seitens der Politik (Huber/Picek 2021). Am schwersten leiden nach wie vor Island, Spanien, das Vereinigte Königreich und Portugal unter den wirtschaftlichen Folgen der Krise.

/Abbildung 4:

Österreich erlebte im Vergleich zum Vorkrisenniveau einen der stärksten wirtschaftlichen Einbrüche

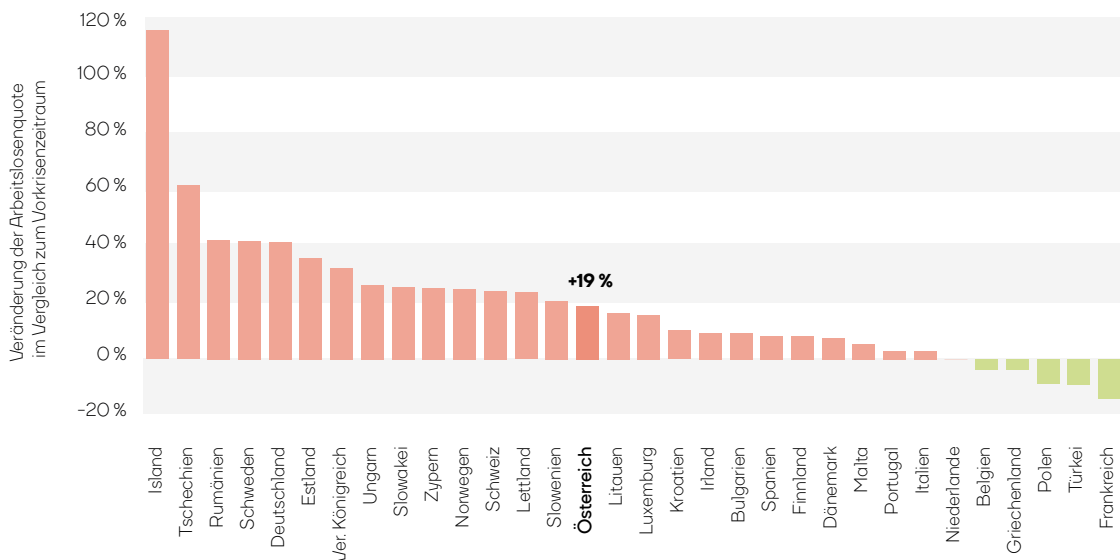


Quelle: OECD

Dies zeigt sich auch am Anstieg der Arbeitslosigkeit (siehe Abbildung 5). In den meisten europäischen Ländern liegt diese immer noch deutlich über dem Vergleichswert aus dem Jahr 2019. Island ist auch hier Schlusslicht, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor weit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Tschechien, Schweden und Deutschland verbuchen Werte jenseits der 40 Prozent. In Österreich kamen zuletzt dank der weitreichenden Öffnungsschritte wieder mehr Menschen in Beschäftigung. Im April lag die Arbeitslosenquote aber nach wie vor um fast ein Fünftel über jener aus dem Vergleichsmonat 2019. Damit befindet sich Österreich im europäischen Mittelfeld. Es gilt aber zu bedenken, dass die Eurostat-Daten Menschen in Kurzarbeit als normal Beschäftigte werten. Nähme man hier eine Unterscheidung vor, würde sich wohl offenbaren, dass die Arbeitslosenquote ohne Kurzarbeit bedeutend höher wäre.

/Abbildung 5:

Im Großteil Europas liegt die Arbeitslosigkeit nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau



Quelle: Eurostat

/ Österreich im OECD-Vergleich: Note Befriedigend

Aus diesen vier einzelnen Komponenten kann nun ein Gesamtvergleich unter den 37 betrachteten OECD-Ländern angestellt werden: der Covid Misery Index. Abbildung 1 zeigt, dass sich die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronakrise in vielen Ländern sehr unterschiedlich darstellen. Nach dem Schulnotensystem bewertet, erreichen lediglich fünf Länder eine Note zwischen eins und zwei: Südkorea, Neuseeland, Australien, Irland und die Türkei. Bei den ersten drei dieser Länder liegt das vor allem an der bis dato sehr effektiven Bekämpfung der gesundheitlichen Folgen der Pandemie. Von eben diesen wurden bislang vor allem Tschechien, Ungarn, Slowenien, Belgien und die USA besonders hart getroffen. Österreich liegt in diesem Teilbereich auf Platz 15 von 37 und damit klar in der oberen Hälfte.

Interessant gestaltet sich der Blick auf die wirtschaftlichen Variablen, die Veränderung der Arbeitslosigkeit seit 2019 und das reale Wirtschaftswachstum im Vergleich zum Vorkrisenniveau. Insbesondere Irland und die Türkei verdanken ihre gute Gesamtplatzierung ihrer vergleichsweise guten wirtschaftlichen Performance seit Pandemiebeginn. Auch Südkorea, Neuseeland und Australien sind in diesem Bereich weit vorne anzutreffen. Dies bringt interessante Implikationen mit sich: In der politischen und wirtschaftlichen Diskussion in Europa wird bis heute noch der Eindruck erweckt, beim Pandemiemanagement gehe es um eine Abwägung zwischen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Faktoren. Die guten Zahlen der drei besagten Länder deuten allerdings darauf hin, dass konsequente Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sowohl die gesundheitlichen, als auch die wirtschaftlichen Folgen der Krise einzudämmen vermögen. Analog dazu wiegen die wirtschaftlichen Folgen in Island, Tschechien, im Vereinigten Königreich, aber auch in Österreich und Deutschland besonders schwer.

In Österreich sticht vor allem der starke Wachstumseinbruch im Vergleich zum Vorkrisenniveau hervor. Dies ist bei den wirtschaftlichen Teilbereichen gleichbedeutend mit Platz 32 von 37 und damit im OECD-Vergleich einer Platzierung im schlechtesten Viertel. Mit 5,7 Prozent nach internationaler Berechnungsmethode liegt die Arbeitslosigkeit in Österreich immer noch um fast 20 Prozent über jener im Vergleichsmonat 2019. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau brach außerdem das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2021 um 7,5 Prozent ein.

Gesamt erreicht Österreich beim Covid Misery Index damit eine Note von 3,03. Im OECD-Vergleich bedeutet dies Platz 23 von 37. Die Platzierung in der unteren Hälfte ist mehrheitlich der schlechten Entwicklung der wirtschaftlichen Variablen zuzuschreiben.

/Österreich im Europa-Vergleich:

Neben dem OECD-Vergleich empfiehlt sich auch ein gesonderter Blick auf Europa, nachdem die Staaten hier, zumindest was die Bekämpfung der gesundheitlichen Folgen der Krise angeht, mit relativ ähnlichen Voraussetzungen konfrontiert waren. So erreichten die erste und zweite Infektionswelle die europäischen Staaten nahezu simultan. Außerdem weisen lediglich das Vereinigte Königreich, Malta und Island keine Landgrenze zu anderen Staaten auf.

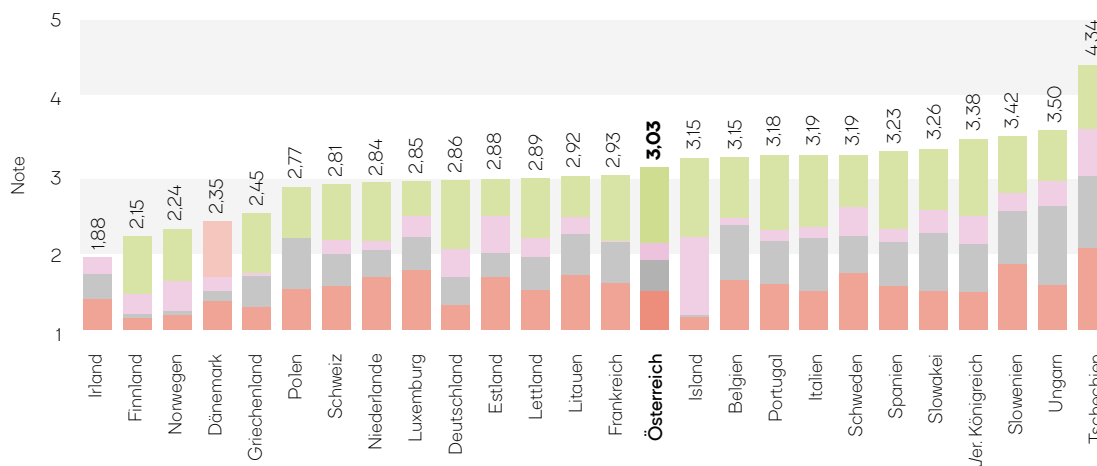
Im Gesamtbild (siehe Abbildung 6) zeigt sich wie schon zuvor ein sehr diverses Bild. Irland ist das einzige europäische Land, das mit einer Note zwischen eins und zwei durch die Krise kam. Wie erwähnt, erweist sich das Bruttoinlandsprodukt im Falle Irlands allerdings als begrenzt aussagekräftig über den tatsächlichen Wohlstand. Alle skandinavischen Länder mit Ausnahme von Schweden, sowie Griechenland erreichen Noten von unter 2,5. In diesen Staaten konnten vor allem die gesundheitlichen Folgen der Krise vergleichsweise gut unter Kontrolle gehalten werden.

Die schlechtesten Noten gibt es, wie schon zuvor, für Tschechien (4,34), Ungarn (3,5), Slowenien (3,42) und das Vereinigte Königreich (3,38). Diese Länder wurden sowohl aus gesundheitlicher als auch aus wirtschaftlicher Sicht besonders hart getroffen. Österreich liegt mit einer Note von 3,03 auf Platz 15 von 26 und damit schlechter als der Europa-Durchschnitt von 2,96. Hier macht sich umso stärker die schlechte Entwicklung der wirtschaftlichen Variablen bemerkbar. Nur Tschechien, Deutschland, das Vereinigte Königreich und Schweden schnitten in diesem Teilbereich schlechter ab als Österreich.

/Abbildung 6:

Im Europavergleich schneidet Österreich schlechter als der Durchschnitt ab

■ Fälle ■ Tote ■ Arbeitslose ■ BIP Wachstum



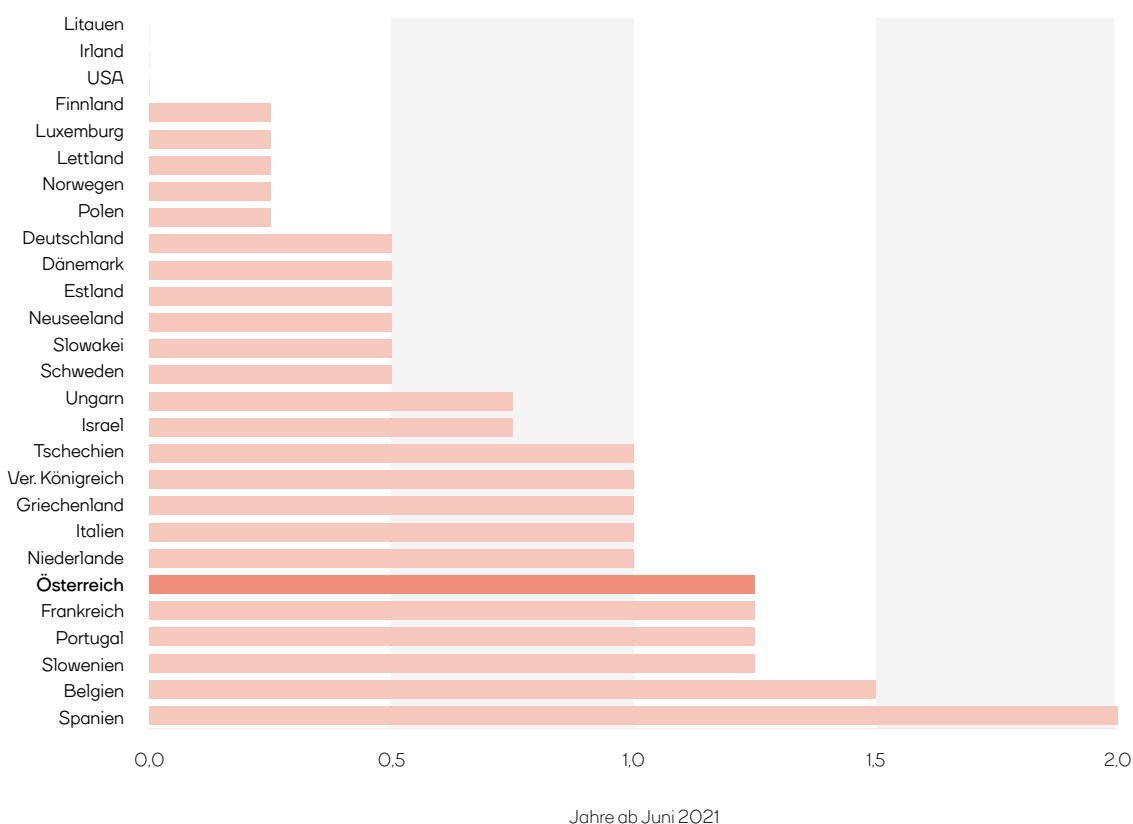
Quellen: OECD, Eurostat, Our World in Data, Eigene Berechnungen

/ Wann erreicht Österreich wieder das Vorkrisenniveau?

Das schlechte wirtschaftliche Abschneiden Österreichs erschwert auch die wirtschaftliche Erholung in den nächsten Jahren. Die OECD (2021) prognostiziert für Österreich eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsproduktes erst Mitte 2022 (siehe Abbildung 7). Die USA etwa, die mit massiven Konjunkturprogrammen aufwarten, haben dieses Niveau bereits jetzt schon wieder erreicht. Auch im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone wird die wirtschaftliche Erholung in Österreich vergleichsweise länger dauern.

/ Abbildung 7:

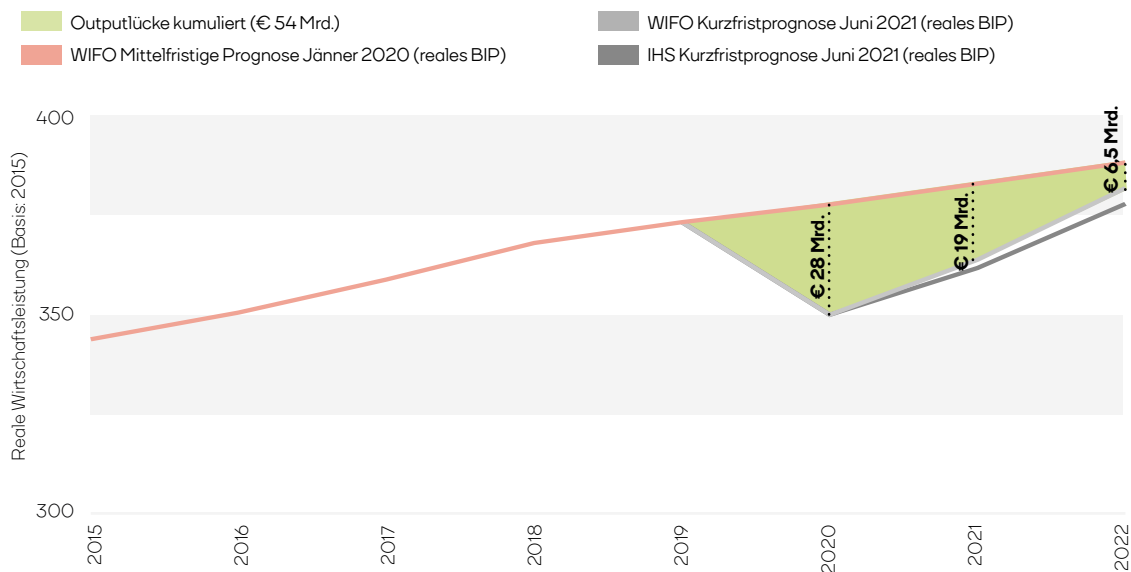
Dauer bis zur Rückkehr zum Vorkrisen-Wohlstandsniveau



Quelle: OECD

Diese Erholung ist allerdings nicht bei Erreichen des Vorkrisenniveaus abgeschlossen. Entscheidend ist die Orientierung am Wachstumspfad vor Pandemieausbruch. Wie stark die Pandemie die österreichische Wirtschaft tatsächlich getroffen hat, zeigt ein Vergleich der Mittelfristprognose des WIFO (Baumgarnter/Kaniovski 2020) Anfang letzten Jahres mit den aktuellen Kurzfristprognosen des WIFO (Glocker 2021) und des IHS (2021) in Abbildung 8. Die Rückkehr auf den Vorkrisenwachstumspfad wird demnach frühestens im Jahr 2023 erfolgen. Das WIFO rechnet 2021 mit einem realen Wachstum von 4 Prozent. Für 2022 wird ein Wachstum von 5 Prozent prognostiziert. Die kumulierte Outputlücke, also die Abweichung der tatsächlichen von der potentiellen Wirtschaftsleistung über die Jahre 2020, 2021 und 2022 beträgt der Prognose des WIFO zufolge über 54 Milliarden Euro. Das IHS ist in seiner Prognose etwas pessimistischer und rechnet für die nächsten beiden Jahre mit Wachstumsraten von 3,4 Prozent bzw. 4,5 Prozent. Die Rückkehr zum Vorkrisenwachstumspfad wäre demnach erst etwas später zu erwarten, die Outputlücke beträgt laut der IHS Prognose kumuliert knapp über 60 Milliarden Euro. Diese Prognosen gelten wohlgermerkt nur unter der Voraussetzung, dass es in Zukunft zu keinen größeren Corona-bedingten Einschränkungen mehr kommen wird.

/Abbildung 8:

Mittelfristprognose Jänner 2020 vs. Konjunkturprognose Juni 2021

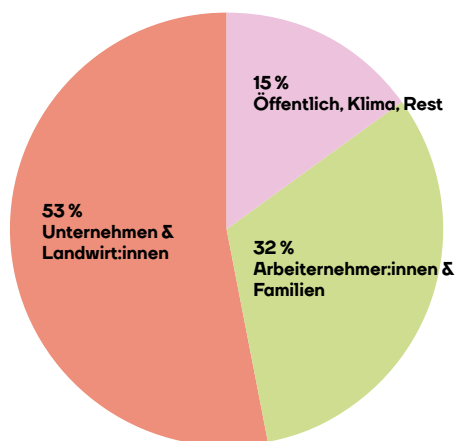
Quellen: WIFO Mittelfristprognose Jänner 2020 & Kurzfristprognose Juni 2021, IHS Kurzfristprognose Juni 2021, Eigene Berechnung

/Wie steuerte Österreich den wirtschaftlichen Folgen der Krise entgegen?

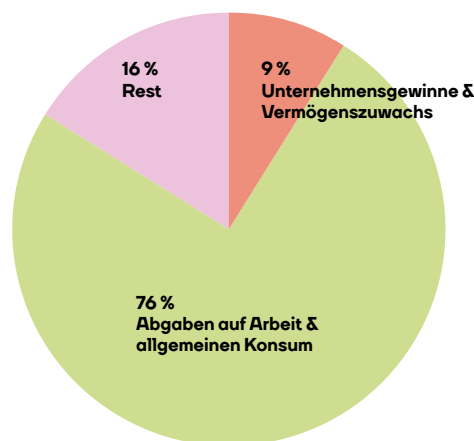
In Österreich wurde versucht, den wirtschaftlichen Folgen für Unternehmen und Arbeitnehmer:innen über Zuschüsse, staatliche Garantien und Steuerstundungen entgegenzuwirken. Bei den für den Zeitraum zwischen 2020 und 2024 dotierten Hilfen gibt es vor allem drei große Brocken. Dies sind die Kurzarbeit mit 19 Milliarden Euro, die COFAG-Mittel⁴ mit 12 Milliarden Euro und die COVID-19 Investitionsprämie mit 7,8 Milliarden Euro.

Aufgeteilt nach Empfängern zeigt Abbildung 9, dass von den bislang ausgezahlten Corona-Hilfen 53 Prozent an Unternehmen und Landwirt:innen flossen. Knapp unter ein Drittel kamen Arbeitnehmer:innen und Familien zu Gute, die übrigen 15 Prozent flossen in den Bereich Öffentlich, Klima und Rest. Finanziert werden diese Maßnahmen letztlich über Steuergelder. Die Anteile am „Steuerkuchen“ unterscheiden sich aber stark vom „Coronahilfen-Kuchen“. Über drei Viertel der Einnahmen stammen von Abgaben auf Arbeit und den allgemeinen Konsum. Lediglich 9 Prozent kommen aus der Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Vermögenszuwächsen.

/Abbildung 9:

5 von 10 Corona-Euros gingen bisher an Unternehmen & Landwirt:innen**Wer Corona-Hilfe bekommt**Ausgaben des
Krisenbewältigungsfonds
bis 15.5.2021**Wer sie mit Steuern bezahlt**

Steuereinnahmen



Quellen: Budgetdienst (Stand 15.05.2021), BKA, Statistik Austria, Eigene Berechnungen

Anmerkung: Die Analyse umfasst alle tatsächlichen ausgabenseitigen Auszahlungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds bis einschließlich 15.05.2021 (rd. 21 Mrd. EUR).

Die Kurzarbeitsgelder werden zu 25% auf Arbeitgeber:innen und zu 75% auf Arbeitnehmer:innen aufgeteilt.

Auch die österreichische Einreichung für Mittel aus dem Aufbau- und Resilienzplan der europäischen Kommission ist sehr unternehmenslastig. Wie eine Analyse des Momentum Instituts (Dammerer et al. 2021) zeigt, sind 28 Prozent der beantragten EU-Mittel für Unternehmen vorgesehen, lediglich 17 Prozent sollen an Arbeitnehmer:innen und Familien fließen.

Österreich zahlte im Jahr 2020 mit 4,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes so viele Unternehmenssubventionen wie kein anderes Land der EU aus. Der EU-Durchschnitt liegt lediglich bei zwei Prozent (Momentum Institut 2021). Trotz dieses hohen Volumens an Hilfgeldern bedeutet das nicht, dass die Hilfen auch treffsicher waren. Insbesondere bei jener Art von Zuschüssen, die sich an der Höhe des Umsatzes vor der Krise orientieren, droht in gewissen Bereichen Überförderung. In der Hotellerie etwa fiel im November und Dezember 2020 durch Kurzarbeit und saisonale Arbeitslosigkeit der Großteil an Personalkosten weg. Bei einem Ersatz von 80 bzw. 50 Prozent des Umsatzes aus dem Vorjahresmonat könnte ein durchschnittlich wirtschaftendes Hotel trotz Schließung bis zu 20 Prozent des Umsatzes an Gewinn erzielt haben (Momentum Institut 2020).

Auch Effekte des nachholenden Konsums nach Lockdown-Wochen könnten in einigen Bereichen zu Überförderung geführt haben. Als Beispiele hierfür gelten etwa Elektro- und Baumärkte, sowie Möbelhäuser. In diesen Branchen gab es im Jahr 2020 teils beträchtliche Umsatzzuwächse. Für eine genaue Auswertung, wo es zu Überförderungen gekommen ist und wie viel dies letztlich ausmacht, fehlen aktuell die nötigen Daten.

In Sachen Transparenz gibt es bei den Corona-Hilfen noch viel Luft nach oben. So wurden bisher lediglich im Jahr 2020 gewährte Zuschüsse und Garantien in die EU-Beihilfentransparenzdatenbank eingemeldet. Allerdings müssen dort nur jene Betriebe aufgelistet werden, die eine Hilfsleistung im Wert von mindestens 100.000 Euro erhalten haben. Zahlen zur Verteilung der Kurzarbeitsgelder nach Unternehmen fehlen bislang gänzlich. Eine korrekte Aufarbeitung der Corona-Hilfsmaßnahmen kann aber nur erfolgen, wenn die entsprechenden Daten nicht unter Verschluss gehalten werden.

/ Empfehlungen:

Österreich wurde von der Coronakrise voll erfasst. Sowohl gesundheitlich als auch wirtschaftlich ist dabei ein enormer Schaden entstanden. Die Bilanz des zumindest vorläufigen Endes der Coronakrise in Österreich fällt deshalb eher durchwachsen aus. Im internationalen Vergleich bewegt sich Österreich mit der Note Befriedigend (3,03) im Mittelfeld. Bei den wirtschaftlichen Variablen, dem realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes und dem Anstieg der Arbeitslosenquote schneidet Österreich mit Platz 32 von 37 relativ schlecht ab. Prognosen der OECD und der heimischen Forschungsinstitute WIFO und IHS ergeben, dass die wirtschaftliche Erholung vergleichsweise langsam vorangeht. Die Rückkehr zum Vorkrisenniveau des Bruttoinlandsproduktes wird demnach erst Mitte 2022 erfolgen. An den Vorkrisenwachstumspfad wird die österreichische Wirtschaft frühestens 2023 wieder anschließen können. Zahlreiche europäische Staaten werden das Vorkrisenniveau bereits Ende dieses Jahres wieder erreichen, die USA haben dies bereits geschafft.

/ Für den Weg aus der Krise empfiehlt das Momentum Institut damit folgende Maßnahmen:

- / Unterstützungsleistungen während der Coronakrise sind vor allem Unternehmen zu Gute gekommen. Dabei galt vielfach das Gießkannenprinzip: manche schauten durch die Finger, während es andernorts zu Überförderung kam. Eine Gewinnsubventionierung durch Steuergeld kann weder im Interesse der Politik, noch der Wirtschaftstreibenden selbst sein. Der öffentliche Haushalt wird zu über drei Vierteln durch Steuern und Abgaben auf Arbeit und den Konsum finanziert. Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögenszuwächse hingegen machen lediglich neun Prozent des „Steuerkuchens“ aus. Zur Finanzierung der Krisenkosten gilt es diese Schieflage zu beheben. Dazu eignen würde sich einerseits eine Corona-Steuer auf Unternehmensgewinne. Dabei sollen insbesondere jene, die trotz des Ansuchens um staatliche Hilfsleistungen im Jahr 2020 Gewinne geschrieben haben, einen entsprechenden Anteil in Form von Steuern an den Staat zurückführen. Alternativ könnte eine generelle Erhöhung der Körperschaftssteuer als Gewinnsteuer von den derzeit 25 Prozent angedacht werden.
- / Der wirtschaftliche Aufschwung hat mittlerweile eingesetzt, fällt allerdings schwächer aus als in anderen Ländern. Umso wichtiger wird es für Österreich sein, diesen Aufschwung nicht zu früh wieder durch Sparmaßnahmen abzuwürgen. Die Fehler, die im Zuge der Finanzkrise 2008 in Form einer strengen Austeritätspolitik begangen wurden, müssen dieses Mal vermieden werden. Das günstige Zinsumfeld ermöglicht eine expansive Fiskalpolitik, die nötig ist, um die Outputlücke von 54 bis 60 Milliarden Euro zu schließen und bleibende wirtschaftliche Schäden abzuwenden.
- / Die immer noch viel zu hohe Arbeitslosigkeit, sowie die seit Ausbruch der Krise dramatisch angestiegene Langzeitarbeitslosigkeit birgt die Gefahr von breitflächiger Armut in sich. Der erste Schritt dem entgegenzuwirken ist eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des Letzteinkommens. Die Coronakrise hat zudem offenbart, dass als Ein-Personen-Unternehmen (EPU) tätige Selbstständige mitunter sehr schlecht abgesichert sind. Es empfiehlt sich daher die Miteinbeziehung von EPU in die Arbeitslosenversicherung.
- / Der Ausbau des öffentlichen Sektors stellt einen enormen Hebel zur Beseitigung der Krisenfolgen dar. Dabei werden einerseits Arbeitsplätze geschaffen, andererseits können Krisenverlierer:innen entsprechend kompensiert werden. Erforderlich sind vor allem Investitionen in die Bereiche Klima, Pflege, Justiz und Bildung. Insbesondere in letzterem Bereich sind für viele Kinder und Jugendliche durch Corona Nachteile entstanden, die es zu kompensieren gilt. An einer Aufstockung der Mittel für Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung führt kein Weg vorbei.

/Literatur

Baumgartner, J., Kaniowski, S. (2020). Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024. WIFO-Monatsberichte, 1/2020. S. 33–40

Dammerer, Q., Hehenberger, A., Huber, A., Muckenhuber, M., Picek, O., Tölgyes, J. (2021). EU-Wiederaufbauplan: Wenig wirklich Neues. Momentum Institut Studie 02/2021 [online] https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-05/moment_studie_02.21_20210415.pdf [zugriffen am 05.07.2021]

Glocker, C. (2021). Prognose für 2021 und 2022: Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich. WIFO-Konjunkturprognosen, Juni 2021

Huber, A., Picek, O. (2021). Abstiegskampf im letzten Drittel: Warum die österreichische Wirtschaft im europäischen Vergleich so stark eingebrochen ist. Momentum Institut Policy Brief 05/2021 [online] https://www.momentum-institut.at/system/files/2021-03/moment_policy_brief_0521_20210312.pdf [zugriffen am 05.07.2021]

Institut für Höhere Studien (2021). Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021-2022: Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich. [online] <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5865/1/ihs-prognose-kurzfassung-juni-2021-%C3%B6sterreich-aufschwung-pandemie.pdf> [zugriffen am 05.07.2021]

International Monetary Fund (2017). World Economic Outlook: Gaining Momentum? Washington, April

Momentum Institut (2020). Teures Experiment Umsatzeratz endgültig beenden. [online] <https://www.momentum-institut.at/news/teures-experiment-umsatzeratz-endgueltig-beenden> [zugriffen am 05.07.2021]

Momentum Institut (2021). Corona brachte Explosion an Unternehmenssubventionen. [online] <https://www.momentum-institut.at/news/corona-brachte-explosion-unternehmenssubventionen> [zugriffen am 05.07.2021]

OECD (2021). OECD Economic Outlook, Volume 2021 issue 1: Preliminary version, No. 109, OECD Publishing, Paris. [online] <https://doi.org/10.1787/edfbca02-en> [zugriffen am 05.07.2021]

Philippe, C., Marques, N. (2021). The Zero Covid strategy protects people and economies more effectively. [online] <https://www.institutmolinari.org/2021/04/03/the-zero-covid-strategy-protects-people-and-economies-more-effectively/> [zugriffen am 05.07.2021]

/Fußnoten

¹ Costa Rica wird zwecks mangelnder Datenlage nicht berücksichtigt

² Auf Grund der Abschottung Nordkoreas weist Südkorea in dieser Hinsicht die gleichen Voraussetzungen wie die Inselstaaten Neuseeland und Australien auf.

³ Die Autor:innen heben hervor, dass etwa in Australien auch intranational strenge Mobilitätsbeschränkungen zwischen den einzelnen Bundesstaaten und Territorien in Kraft sind und waren. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Kanada, wo sieben der 13 Provinzen eine Zero-Covid-Strategie verfolgten und ein im Vergleich zu den übrigen Provinzen deutlich reduziertes Infektionsgeschehen aufweisen.

⁴ Die COFAG-Mittel umfassen Fixkostenzuschüsse, Umsatzeratz, Ausfallsbonus, Verlustersatz, indirekten Umsatzeratz und die Zuschüsse für die Austrian Airlines

/Kontakt

/Momentum Institut
Märzstraße 42/1, 1150 Wien, Österreich
kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at

